

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Arbeiter, schützt die Republik!

Gegen Nadel und Reventlow. — Eine kommunistische „Aktion“ im Gange?

Von den öffentlichen Gebäuden wehen schwarzrotgoldene Fahnen. Verfassungstag. Das scheint Sowjetsternlern und Hakent Kreuzlern der schönste Tag, um die Republik zu zerfetzen.

Es wird ihnen nicht gelingen!
Die Sowjetsternler haben eine neue Parole: „Generalstreik zum Sturze Cunos“. Sie ist genau so sinnvoll wie die Bauernregierung zwecks Beschlagnahme der Lebensmittel oder die restlose Erfassung der Sachwerte durch die proletarischen Hundertschaften.

Die Arbeiter werden sich dafür bedanken, tagelang ihren Lohn zu verlieren für eine Sache, die, wenn's beliebt, viel billiger zu haben ist.

Cuno wird gehen. Vielleicht schon heute, morgen oder übermorgen, jedenfalls sehr bald. Man spricht gar nicht mehr davon, ob er bleibt oder geht, sondern nur noch, wer nach ihm kommt. Und er selber ist froh, wenn er weg kann.

Der Generalstreik zum Sturze Cunos ist ein schlechter Witz.

Was können die Kommunisten? Sie können ungeheuren Unfug anrichten, wenn sich ein Teil der Arbeiter von ihnen verleiten läßt und ihren kopflosen Parolen folgt. Sie können über Tausende von Familien noch mehr Not und Jammer bringen. Sonst können sie nichts!

Oder doch, sie können noch etwas. Sie können, wenn es ihnen einmal gelingt, eine Höchstleistung zu erzielen, einen solchen Kuddelmuddel anrichten, daß eines Tages — die Hakent Kreuzler obenauf sind.

Sowjetsternler und Hakent Kreuzler, das ist ja überhaupt ein besonderes Kapitel. Heute stehen sie sich gegenseitig an, morgen tauschen sie Bruderküsse. Jeder von beiden sucht den anderen übers Ohr zu hauen. Sie treiben beide Politik im Stile eines Hintertreppenromans, sie arbeiten einer für den anderen und beide gemeinsam für das Verderben der Republik.

Da heißt es, wie schon so oft in kritischen Tagen: „Sozialdemokraten vor die Front!“

Durch die Massen geht eine Welle der Erregung. Es wäre ein Wunder, wenn es anders wäre! Wenn die Lebensmittelpreise von Tag zu Tag in phantastische Höhen hinanstiegen, der Lohn diesen Steigerungen nicht nachkommt und schließlich sogar die Lohnzahlungen ausbleiben, weil die nötigen Zahlungsmittel ausbleiben, dann ist es schwer, den Kopf nicht zu verlieren.

Aber wie kann Hilfe geschaffen werden? Doch nur dadurch, daß Zahlungsmittel und Lebensmittel bereitgestellt werden, daß gearbeitet wird, der Lohn gezahlt und in Lebensmittel umgesetzt wird.

Wenn Zahlungsmittel bereitgestellt werden sollen, müssen die Buchdrucker so entlohnt werden, daß sie arbeiten können. Dann tun sie es auch! Wenn Lebensmittel bereitgestellt werden sollen, dann müssen die Transporter funktionieren.

Die Kommunisten aber haben davor die größte Angst. Sie haben Angst, daß die Berliner Arbeiter am Montag wieder zu essen haben könnten. Das verdirbt ihnen das Konzept.

Und darum die Generalstreikparole!

Die Kommunisten brauchen den Hunger der Arbeiter, damit sie die vor Verzweiflung besinnungslosen Massen vor ihren Wagen spannen und die ganze Arbeiterschaft, die ganze Republik ins Chaos kutschieren können.

Die Sozialdemokraten wollen Brot für die Arbeiter, damit diese die Kraft behalten, in geregelten politischem und gewerkschaftlichem Aufmarsch für ihre großen idealen Ziele und für die Verbesserung ihrer elenden Lage zu kämpfen.

Das ist der Unterschied zwischen Sozialdemokraten und Kommunisten. Das ist der Kampf, der zwischen ihnen gekämpft wird. Und hierüberbrannt ist der, der nicht weiß, auf welcher Seite er gehört.

„In Fährnis und in Nöten zeigt sich ein Volk erst recht!“ Das gilt auch für eine Partei, gilt auch für die Sozialdemokratie.

Der Imperialismus der französischen Bourgeoisrepublik hat in Deutschland eine furchtbare Lage hervorgerufen. Der stumpfsinnige Egoismus der Besitzenden in Deutschland hat sie verschlechtert.

Gegen den Egoismus der deutschen Besitzenden Klassen hat die Sozialdemokratie im Reichstag einen Sieg erkämpft, der bedeutungsvoll ist, wenn er festgehalten und ausgewertet wird. Die internationale Lage zeigt noch keine Anzeichen der Entspannung. Aber den Kampf für die Befreiung der Arbeiter an Ruhr, Rhein und Saar von der Knechtung durch die fremde Säbelherrschaft kann die Sozialdemokratie nicht aufgeben, ohne ihre Ideale preiszugeben.

Dieser Verfassungstag ist ein Kampftag. Die Sozialdemokratie muß den Kampf gegen alle Vererber des deutschen Volkes aufnehmen, gleichgültig von welcher Seite sie kommen. Arbeiter, schützt die Republik!

Das gilt besonders in diesen Stunden und Tagen, da von jedem einzelnen starke Nerven und fester Sinn gefordert wird.

Das gilt auch für die Gesamtheit der Arbeiterschaft, die sich nicht zum Spielball der Baunen irgendwelcher Parolenschmiede machen lassen will.

Generalstreikbeschuß der Kommunisten.

Den Kommunisten liefert die ganze Situation Wasser auf ihre Räder. Voller Befriedigung verzeichnet die „rote Fahne“ zunächst den Beschluß einer Vertrauensmännertagung der städtischen Elektrizitätswerke.

Die sich der Aktion des kommunistischen Betriebsräteausschusses anschließen wollen. Ob und inwieweit der augenblickliche Strommangel auf eine passive Resistenz in den Berliner Elektrizitätswerken zurückzuführen ist, läßt sich augenblicklich nicht feststellen. Irigendwelche Forderungen haben die Berliner Elektrizitätsarbeiter an den Magistrat nicht gestellt. In der erwähnten Konferenz war auch das Fernkraftwerk Golpa-Itchenow

vertreten. Die Wirkung zeigte sich bereits gestern nacht; die Straßenbahnen mußten aus Mangel an Strom den Betrieb einstellen. Heute wird gemeldet: „Da der elektrische Strom aus dem Elektrizitätswerk Golpa ausgeblieben ist, konnte heute früh die Straßenbahn ihren Verkehr nicht aufnehmen.“

Weshalb die Straßenbahn nicht fährt, vielmehr weshalb der Strom aus Golpa ausbleibt, das wissen nur die dortigen Arbeiter, und auch sie wissen davon nur soviel, daß es von der Berliner R.P.D.-Zentrale verlangt wird, als Vorbereitung zum Generalstreik. Da der Strommangel nicht allein die Straßenbahn stilllegt, sondern weitere Kreise zieht, ist es ein gewisser Trost für die R.P.D.-Zentrale dafür, daß die Hochbahn wieder in Betrieb

ist. Zufrieden ist man darüber keineswegs, und die Hochbahner werden deshalb ermuntert, in geschlossener Front weiterhin an ihrer Forderung festzuhalten. „Von der allergrößten Bedeutung“ aber ist die

Störung des Eisenbahnbetriebes.

Die Reichsbahndirektion teilt mit: „Die Streiklage im Bezirk der Reichsbahndirektion Berlin ist im wesentlichen unverändert. Der Fernverkehr ist regelmäßig. Störungen sind nur vorhanden im Güterverkehr sowie auf einzelnen Strecken des Stadt-, Ring- und Vorortverkehrs, besonders auf den Nordstrecken.“

Zum Buchdruckerstreik

wurde die Parole ausgegeben: Nicht auf halbem Wege stehen zu bleiben. Ein Stoßtrupp der arbeitslosen Buchdrucker, die natürlich weit schwerer in Bedrängnis sind als ihre arbeitenden Kollegen, machten den ordnungsmäßigen Verlauf der heutigen Funktionärerversammlung im Gewerkschaftshause, die um 9 1/2 Uhr beginnen sollte, zunächst unmöglich, so daß die Versammlung vertagt werden mußte.

Der Generalstreik

ist von den kommunistischen Betriebsräten in der heutigen Vormittagsversammlung in Altem Festhale beschlossen worden. Heute abend um 6 Uhr tritt die R.P.D.-Zentrale mit ihren Betriebszellenabteilungen, Betriebsräten und Gewerkschaftsfunktionären in den Sophienhöfen zusammen zu einer „außerordentlich wichtigen Tagung“, um je nach dem Erfolg der vorbereitenden Schritte den Generalstreik zu proklamieren oder neue Parolen auszugeben.

Die Gewerkschaftsmitglieder,

soweit sie der sozialdemokratischen Partei angehören oder aber auf dem Boden der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale stehen, haben mit Generalstreikparolen und anderen kommunistischen Parolen nichts zu tun. Sie halten sich an den in unserer heutigen Morgenausgabe veröffentlichten Kundgebungen der Berliner Gewerkschaftskommission und des A.M.-Bundes, wie des Groß-Berliner Bezirksvorstandes der Partei.

Der Deutsche Eisenbahnerverband, Ortsverwaltung Berlin, richtet an seine Mitglieder folgende Mahnung:

„Die Arbeitsniederlegung in einzelnen Dienststellen, in welche auch eine Anzahl Kollegen des D.E.V. hineingezogen wurden, veranlaßt die Ortsverwaltung die Sachlage eingehend zu prüfen. Auch bei gerechter Würdigung der zur Zeit äußerst schweren wirtschaftlichen Lage der Kollegen kann unter den gegenwärtigen Verhältnissen eine Grundlage für eine sofortige Arbeitsniederlegung nicht erblickt werden. Die Ortsverwaltung empfiehlt deshalb allen Mitgliedern dringend, sich an einer Arbeitsniederlegung nicht zu beteiligen und nur den Beschlüssen der Organisationsfolge zu leisten.“

Die Entscheidung im Buchdruckerstreik.

Bei Schluß der Redaktion dauerte die Versammlung der Buchdrucker noch fort. Die Abstimmung war noch nicht erfolgt.

Kußerdem ersuchen wir die Zahlführerleitungen, heute abend 5 Uhr im Saal 5 des Gewerkschaftshauses zwecks Stellungnahme zur augenblicklichen Lage pünktlich und bestimmt zu erscheinen.“

Die Spannung im Reich.

Die Forderungen der Hamburger Gewerkschaften.

Hamburg, 11. August (TL.) In der letzten Nacht ist die Ruhe in Hamburg nicht gestört worden. Der Senat wendet sich heute morgen in einem Aufruf an die Öffentlichkeit mit der dringenden Mahnung zur Besonnenheit, zur Beobachtung der staatsbürgerlichen Pflichten und stellt eingreifende Maßnahmen namentlich zur Beilegung der Geldknappheit in Aussicht. Die Wirtschaftsorganisationen schließen sich diesen Maßnahmen an, so daß der Zahlungsverkehr in aller nächster Zeit wieder in Fluß kommen wird. — Besten nahmen die Vorstände der Gewerkschaften, und zwar der Freien Gewerkschaften, des Allgemeinen Deutschen Beamtenbundes und des A.M.-Bundes Stellung zur wirtschaftlichen und politischen Lage. Nach längerer Debatte wurde ein Aufruf einstimmig angenommen. In diesem Aufruf wird die Regierung Cuno abgelehnt und dementsprechend eine Umbildung der Regierung gefordert. Dem hiesigen Senat wird u. a. gefordert, daß alle Unterstufungen für Erwerbstätige usw. wertbeständige Grundlage erhalten, daß allen Arbeitern, Angestellten und Beamten des Staates und des Reiches ein ausreichender Lohn- und Kartellvorschuß zugesichert werde. Die Lage auf den Wertien ist unverändert.

Bewegte Stimmung in und um Leipzig.

Leipzig, 10. August (TL.) Die allgemeine Leuerung, verbunden mit der außerordentlichen Knappheit an Zahlungsmitteln, schafft in weiten Kreisen der Arbeiterbevölkerung eine äußerst erregte Stimmung. Bereits im Laufe des Donnerstags ist es verschiedentlich zu Demonstrationen der Bauarbeiter gekommen, die aber in Ruhe und Ordnung durchgeführt wurden. In der Metallindustrie ist am Dienstag ein Spigenlohn von 87 220 Mark je Stunde festgesetzt worden. Die Generalversammlung der Metallarbeiter erklärte diese Bewilligung für ungenügend und beschloß, ultimativ an die Metallindustriellen heranzutreten und dann Abstimmung über Annahme oder Streik vorzunehmen. Der Schlichtungsausschuß fällt am Freitag vormittag einen Schiedsspruch, wodurch der Spigenlohn nunmehr 124 500 M. beträgt. Da dieser Schiedsspruch bei der Lohnzahlung am Freitag noch nicht vorlag, und die meisten Betriebe auch wegen Mangel an Zahlungsmitteln gar nicht in der Lage waren, die volle Lohnhöhe auszusahlen, gelang es einigen Gruppen, zunächst in den großen Betrieben im Westen die Arbeiter zum Feiern zu veranlassen. In langen Zügen zog man nach dem Volkshaus, um im Verbandsbureau die Forderungen zu unterbreiten. Die Demonstrationen lösten sich jedoch hier sehr bald auf, da das Ergebnis des Schlichtungsausschusses inzwischen bekannt geworden war. Die Erregung der Demonstranten, namentlich der Frauen, richtete sich in der Hauptsache gegen die Leuerung der Lebensmittel. Auch in der nächsten Umgebung von Leipzig ist es zu zahlreichen Arbeitsniederlegungen gekommen. So wird gemeldet, daß in den Ziegeleibetrieben in Zwenkau und Brandis am Freitag morgen der Streik ausgebrochen ist. Die Belegschaften der Braunkohlenbergwerke in Borna sind ebenfalls freitagmorgen in den Streik getreten. Am Nachmittag fanden Verhandlungen wegen Bildung von Hundertschaften statt, die jedoch noch nicht geschlossen sind. Auch im staatlichen Braunkohlenerzfeld sind die Belegschaften in den Streik getreten und haben sich in geschlossenem Zuge mit den Belegschaften der benachbarten Gruben nach Borna begeben, um dort weitere Beratungen zu führen. — Im späten Abend ist es in Leipzig zur Bildung von wilden Demonstrationen gekommen, die sich durch die Straßen der inneren Stadt bewegten. Bis in die erste Nachstunde ist es jedoch zu Zwischenfällen nicht gekommen.

Unruhen in Krefeld.

Krefeld, 10. August. (TL.) Nachdem es bereits gestern zu schweren Unruhen und Demonstrationen in Krefeld gekommen war, setzten sich die Unruhen heute fort. Der größte Teil der Betriebe in Krefeld wurde von Arbeitern besetzt. Den Besetzungen scheint ein systematischer Plan zugrunde zu liegen. Gegenwärtig befinden sich fast alle großen Werke in Arbeiterhänden. Die Radikalen haben in der Bewegung die Oberhand, so daß die große Masse der Streikenden von Stunde zu Stunde zunimmt. Auch in Herdingen ist es zu Unruhen gekommen. Die Chemische Fabrik Wellerter-Weer wurde von den Arbeitern stillgelegt und das Verwaltungsgebäude gestürmt, nachdem sich das Personal entfernt hatte. Flugblätter der Radikalen fordern zum Generalstreik auf und zur Übernahme der Industriewerke durch die Arbeiterräte. Der Verkehr in Krefeld und Umgebung ist durch Stilllegung der Straßenbahnen stark behindert. Die Zeitungen erschienen heute noch, doch ist das weitere Erscheinen in Frage gestellt. Heute nachmittag ist es im Verlauf der Demonstrationen zu schweren Zusammenstößen zwischen der Menge und der Polizei gekommen. In den Mittagsstunden fand am Sprödenbalkweg eine Kundgebung statt, an der Tausende von Personen teilnahmen. Von hier bewegte sich der Zug zum Rathaus, das von Polizeimannschaften geschützt wurde. Die Menge versuchte, die Polizeimannschaften abzubängen. Es kam zu großen Ausschreitungen, so daß schließlich die Polizeimannschaften gezwungen waren, von der Waffe Gebrauch zu machen. Hierbei wurden zahlreiche Personen verletzt, von denen bis zum Abend vier verstarben. Inzwischen waren Truppen von Aufrührern im Stadtdamm in die Lebensmittelmittelgeschäfte eingedrungen, die vollkommen ausgeraubt wurden. Die Schutzmannschaft war anfangs machtlos. Gegen Abend kam es obermels zu Zusammenstößen zwischen fliegenden

Pollgekommandos auf Postautos und der Menge. Auch hier mußte von der Schutzwaffe Gebrauch gemacht werden, so daß zahlreiche Personen verletzt wurden. Die Besatzungsbehörden sehen dem Treiben der Aufrührer unfähig zu.

Die Sicherung der Goldanleihe.

Aus dem Steuerausschuß des Reichstags.

Vor Eintritt in die heutige Tagesordnung erhielt der Abg. Helfferich (Dnat.) das Wort zu einer Erklärung: Der Gedanke der Valorisierung der Steuern entsprechend der Geldentwertung sei nicht ein Monopol der Sozialdemokratie. Zum ersten Male sei die Valorisierungsklausel bei der Brotverlorenung von seiner Partei gefühmt worden. Er habe auf das tiefste bedauert, daß es im Plenum des Reichstages nicht zu einer gemeinsamen Erklärung gekommen sei. Er hätte sich auch mit der besonderen Erklärung von Reil abfinden können, er wende sich aber dagegen, was heute morgen im „Vorwärts“ zu lesen sei, die bürgerlichen Parteien hätten sich samt und sonders dem sozialdemokratischen Diktat gefügt. Das entspreche durchaus nicht dem Geiste der Verfassungsklausel.

Reil (Soz.): Ich weiß nicht, ob der „Vorwärts“ eine Vorlage des Ausschusses bildet. Wenn der Abg. Helfferich meint, daß der Ruhm seiner Partei dadurch beeinträchtigt würde, so kann er in den Zeitungen seiner Partei dagegen schreiben. Der richtige Gedanke scheint mir in dem Artikel zum Ausdruck zu kommen, daß die Erkenntnis der Not der Zeit bei Herrn Helfferich sehr spät gekommen ist. Und wenn wir in eine rückwärts schauende Kritik der Finanzpolitik der letzten drei Jahre eintreten wollen, so müßten wir zeigen, wieviel dabei verschuldet worden ist. (Zuruf: Schiele: Wir können nicht ungeheure Opfer bringen bei der Stimmung, die durch solche Artikel erzeugt wird.) In unserer Fraktion haben sich starke Stimmungen gegen eine gemeinsame Erklärung geäußert, die ihren Niederschlag in unserer Erklärung gefunden haben. Im übrigen stehen wir zu einer rückwärts schauenden Kritik der gesamten Steuerleggebung der letzten neun Jahre zur Verfügung.

Der Ausschuß trat dann in eine allgemeine

Aussprache über das Anleihegesetz

ein. Ein Vertreter des Finanzministeriums begründete die Haltung der Regierung. Die Anleihe sei zur Ergänzung der Steuergesetze notwendig. Es sei notwendig, der Anleihe eine besondere Sicherung zu geben. In das Gesetz sei eine Sicherung derart hineingearbeitet, daß für den Zinsendienst Zuschläge zur Vermögenssteuer erhoben werden. Was die Rückzahlung anbelangt, muß damit gerechnet werden, daß nach 12 Jahren das Reich in einer Lage sei, die eine Rückzahlung ermöglicht.

Wirtschaftsminister Becker: Das Reich brauche Geld. Die ersten Beschlüsse von gestern reichen nicht aus. Es ist ein hartes Bedürfnis nach wertbeständigen Anleihen im Publikum. Die Hauptsache für die Anleihe ist, daß sie gute Aufnahme findet, und für das Reich, daß es nicht nur Papiermark, sondern Devisen bekommt. Wir haben mit den Vertretern der großen Wirtschaftsgruppen verhandelt, die Devisen entbehren können, daß sie Anleihebeträge gegen Devisen übernehmen. Wir glauben, daß dies das beste Propagandamittel ist. Wir schlagen vor, eine Bestimmung aufzunehmen, daß, wenn nicht bis zu einem gewissen Zeitpunkt eine bestimmte Summe gegen Devisen abgenommen ist,

zwangsweise der Einzug von Devisen gegen Anleihestücke verfügt werden kann, wobei der Säumige einen höheren Zins zu zahlen habe. Wir denken an einen Betrag von etwa 150 Millionen Goldmark. Gleichzeitig müßte eine Amnestie für solche in Devisen gezahlten Beträge vorsehen werden, um die Devisen aus dem kleinen Besitz herauszubekommen.

Rahmann (Soz.): Sie erinnern sich der Kämpfe um das Steuerkompromiß. Wenn Sie Daniels unseren Gedanken einer Goldanleihe nachgekommen wären, so wäre ein Teil der Schwierigkeiten, unter denen wir heute leiden, nicht eingetreten. Wir müssen jetzt Ausschau halten nach Mitteln, aus diesen Schwierigkeiten herauszukommen. Wir werden dazu beitragen, diesen Entwurf rasch zu erledigen und werden uns äußerster Beschränkung im Reden unterliegen. Die vorgesehene Sicherung durch Zuschläge zur Vermögenssteuer erscheint uns nicht als zureichend. Wir müssen deshalb Ausschau nach anderen Möglichkeiten halten. Ferner sieht der Entwurf eine Befreiung von der Erbschaftsteuer für die Anleihe vor. Die Befreiung aber sogar für die, die nicht selbst zeichnen, sondern Stücke nachträglich erwerben, geht zu weit. Diese Bestimmung könne zu weitgehenden Rückerbeteiligungen von der Erbschaftsteuer benutzt werden.

Robert Schmidt-Berlin (Soz.) regt an, in dieses Gesetz Festlegungen auf die Erlassung der Sachwerte hineinzuarbeiten. Nach einer längeren Geschäftsordnungsdebatte, in der vor allem zum

Ausdruck kam, daß das Anleihegesetz noch am Vormittag aus technischen Gründen erledigt werden müßte, einigte sich der Ausschuß, das Problem der Sachwertverfassung am Anfang der nächsten Woche zu beraten.

Herr (Soz.): Mich interessiert die Stellung der Regierung zur Beleihung dieser Anleihe. Wir möchten eine Sicherheit haben, daß ein Sicherheitsanleihepapier des Reiches nicht gegen Papiermark besetzen wird. Das wäre eine gewaltige Gefahr für die Währung.

Staatssekretär Fischer: Es liegt ein Beschluß der Hauptverwaltung der Darlehnsstellen vor, daß bei Beleihung wertbeständiger Unterlagen nur wertbeständige Kredite gegeben werden. Das gilt auch für die Lombardierung bei der Reichsbank.

In der Abstimmung wird der Antrag der Sozialdemokraten, die Beleihung der Käufer der Anleihe im Laufe eines Jahres von

Funktionär-Versammlung

Montag, den 13. August, abends 7 1/2 Uhr, im großen Saale des Lehrervereinshauses am Alexanderplatz.

Tagesordnung:

„Die augenblickliche politische Lage“

Referenten: Zwei Reichstagsfraktions-Mitglieder.

Zukünftig haben alle mit Legitimation versehenen Partei- u. Gewerkschaftsfunktionäre der Vereinigten Sozialdemokr. Partei Gr.-Berlins. Der Bezirksvorstand.

der Erbschaftsteuer zu beseitigen, abgelehnt. Ueber die Bestimmungen zur zwangsweisen Einziehung von Devisen wird am Montag verhandelt und Beschluß gefaßt werden.

Wie die Reichsbank provoziert.

Zwei Stunden nach dem Ausbruch des Buchdruckerstreiks konnte man gestern an den Gebäuden der Reichsbank und an anderen Stellen Anschläge sehen, von denen wir einen nachstehend zum Ausdruck bringen:

Durch den Streik der Buchdruckerarbeiter ist es der Reichsbank nicht möglich, die notwendigen Zahlungsmittel bereitzustellen,

insbesondere ist es unmöglich, die für die Arbeiter notwendigen Zahlungen zur Auszahlung zu bringen.

Die Auszahlungskassen sind daher bis auf weiteres geschlossen.

Berlin, den 10. August 1923.

Reichsbank.

Die Form, mit der hier die Reichsbank die Arbeiter aus den übrigen Betrieben gegen den Buchdruckerstreik mobilisieren wollte, mußte auf die am Streik Beteiligten wie eine Provokation wirken. Es mag von vornherein zugegeben werden, daß die Reichsbank infolge des gewaltigen Ansturmes auf ihre Kassen, der mit dem Bekanntwerden des Buchdruckerstreiks einsetzte, in eine besonders schwierige Lage gedrängt worden ist. Aber die Reichsbank hat ja schon früher Streiks erlebt und war deshalb durchaus in der Lage und verpflichtet, sich auf eine solche Möglichkeit einzustellen. Das ist offenbar nicht geschehen. Denn die Knappheit an Zahlungsmitteln hat ja nicht erst gestern eingesetzt, sie begann schon mit einigen Unterbrechungen gegen Ende Juli, als die Buchdrucker gar nicht daran dachten, zu streiken. Es ist also schon eine recht große Irreführung, wenn man die Buchdrucker allein für den Mangel an Zahlungsmitteln verantwortlich macht.

Die Reichsbank ist sogar schon vor anderthalb Monaten von einer Kommission der Buchdrucker auf die Notwendigkeit hingewiesen worden, ihren Notendruck besser zu organisieren. Reichsbankdirektor Schott, der für dieses Reffort verantwortlich ist, leistete sich dabei gegenüber den Ratschlägen der Buchdrucker folgende Bemerkung, die uns Genosse Ruffial als Teilnehmer an dieser Konferenz zur Verfügung stellt:

Kräfte braucht, nehmen will, wie es sich unlängst bei der Beratung des Arbeitszeitgesetzes im Reichswirtschaftsrat gezeigt hat.

Wir müssen darum mit aller Kraft für die Durchführung unserer berechtigten Forderungen einreten; denn die materiellen und seelischen Rufe schaffen jene Gleichgültigen und Verzweifelten, die müde und hoffnungslos zurückbleiben und den Aufstieg der Arbeiterschaft hemmen.

Arbeiterinnen und Arbeiter! Ihr müßt uns helfen und stützen in diesem Kampf. Wir sind eure Jugend, die mit Euch Tag für Tag in den Werkstätten und Schreibstuben schafft und sich nach Sonne sehnt. Unser Wille geht dahin, Kämpfer zu werden und einst einzutreten in die Reihen unserer Väter und Mütter, um mitzurufen für die Sache der Arbeiterschaft, für den Sozialismus.

„Jar und Zimmermann“ in der Großen Volksoper. Die Große Volksoper begann sich auf ihre Bestimmung, deutsche Volksoper zu spielen, nachdem sie gezeigt hatte, daß sie in russischer und anderer schwergeadener Musik mit ihren Berliner Schwestern konkurrieren kann. Als Vorbild für den Winter erfährt man trauernd, daß in diesem gemeinnützig-billigen Unternehmen der beste Platz 134, ein mittlerer 1/2 Millionen kostet. Armes, unglückliches Volk! Man ergötzt sich drei Stunden trotzdem an dem in aller Bescheidenheit klug gespendeten Reichthum an Volksmelodien Vorhänge, der selber ein Unglücklicher war und doch in seiner Musik wehmütig froh sein durfte. Als das berühmte, in seiner Sehnsucht- und Tränenstimmung so ganz deutsch-romantische Lied von Jester, Krone und Stern erklang, da schien der Atem des Publikums zu stocken. Kein Laut. War diese Musik in diesem, uns Kindereimerungen zu geben, so hat sie uns für einen Augenblick wahrhaft glücklich gemacht. Auch sonst klang und sang es in unproblematischen Wesen immer wieder von schönerer Zeit. Rag immer ein Kleinbürgerlicher Zug dem Ganzen anhaften, die Humore und satirischen Lichterchen dezaubern Text und Partitur. Dieser Bürgermeister von Bett, der so klug und weise ist, daß er alles, aber auch alles in beschränkter Läppigkeit falsch macht, dieser radebrechende englische Diplomat, der gerade auf das falsche Pferd setzt, das sind Typen, wie sie alle späteren Operetten und tomischen Opera dudenmäßig imitiert haben, ohne die ursprüngliche Saffigkeit zu erreichen.

Den Jar Peter spielte Heinrich Blasel sehr ernst und würdig, jeder Zoll ein Zimmermann, den anderen Peter Albert Reichhubenhaft frisch. Otto Gorch vereinte körperliche Behändigkeit mit gut pointiertem Gesang und humorigen Spiel. Unter den anderen Männern hatte Wilimsky mit der Romanze vom „stänbrich Mädchen“ einen Extraerfolg. Das Kaskade in der Stimme dieses guten Spieltemors ist leider immer noch nicht fort. Als einzige Frau sang Elze Tuschka in ihre Arien zierlich und led. In dem höchst lauber egeultierten Männerquartett des zweiten Aktes merkte man, wie sorgfältig Fritsch zwei die Vorstellung musikalisch einstudiert hatte. Das ist recht: Es gibt in dieser Komischen Oper ein paar Nummern, deren sich selbst ein Verdi nicht zu schämen brauchte.

Die Schlüsselzahl im Buchhandel erhöht sich ab Sonnabend auf 800 000.

Wir haben sämtliche verfügbaren Dreifach mit Banknoten überfällt, so daß wir nicht wissen, wo wir damit hinsoßen. Wir können mit unserer vielen Banknoten die Spree zuschütten!... (Und über einen speziellen Auftrag): Wir haben uns gewissermaßen einen Scherz erlaubt und den Auftrag in Druck gegeben. Stellen Sie weitere Forderungen, dann ziehen wir den Auftrag zurück. Nur im Interesse der Arbeitslosen wollen wir ihn bestehen lassen. Wir benötigen den Auftrag wirklich nicht.“

Aus alledem muß man entnehmen, daß die Reichsbank in der Zeit, als der Dollar etwa von 100 000 auf 200 000 stieg, noch mit Noten übersättigt war, daß sie dann aber in dem Gefühl, die aufgestapelten feinen Noten würden für den Zahlungsmittelverkehr ausreichen, nicht genügend weitsichtig über die Notenpresse verfügt hat. Daran sollen jetzt ausgerechnet die Buchdrucker schuld sein. Das muß entschieden zurückgewiesen werden. Schuld an der Zahlungsmittelknappheit ist in erster Linie das unfähige Reichsbankdirektorium selbst, das dem Sturz der Mark nicht rechtzeitig und tatkräftig genug entgegengetreten ist, und als dieser dann erfolgt, nicht einmal ihre Notenpresse darauf vorbereitet hat. Um dieses genug entgegengetreten ist, und als dieser dann erfolgte, nicht in gänzlich irreführender Weise die Buchdrucker bezichtigen, die in den zwei Stunden keinesfalls sofort gebrauchsfertige Noten in ausreichender Zahl hätten drucken können!

Verbesserung der Erwerbslosenunterstützung

Automatische Anpassung an die Geldentwertung.

Der vom Volkswirtschaftlichen Ausschuß des Reichstages zur laufenden Behandlung der Erwerbslosenfürsorge eingesetzte Unterausschuß verhandelte gestern über die Unterstützungssätze der Erwerbslosen. Die von der Regierung am 6. August festgesetzten Unterstützungssätze bleiben, obwohl sie um 165 Proz. erhöht wurden, weit hinter dem absolut notwendigen Minimum zurück, das der Erwerbslose zum nothwendigen Unterhalt gebraucht. Dies wurde von den Vertretern unserer Fraktion in nachdrücklicher Begründung dargelegt und auch von den Vertretern der bürgerlichen Parteien und der Regierung anerkannt. Die Kommission einigte sich schließlich auf einen Vorschlag des Vorsitzenden des Unterausschusses, Genossen Dittmann, der in seinem Kern folgendes besagt:

a) Die ab 6. August geltenden Unterstützungssätze werden um weitere 150 Proz. erhöht.

b) Diese so verbesserten Unterstützungssätze werden jede Woche entsprechend dem vom Reichsarbeitsministerium am jeweiligen Mittwoch neu veröffentlichten Reichsteuerungsindex geändert, d. h. in gleicher Prozentziffer bei einer vorgeschrittenen Teuerung erhöht.

Wie wir erfahren, hat der Reichsrat diesen Beschlüssen noch gestern seine Zustimmung erteilt, und zwar in der Form, daß die unter a) genannte Erhöhung der Unterstützung ab Mittwoch, den 8. August, in Kraft tritt, dieser Unterstützungssatz dann bis Dienstag, den 14. August, gilt und ab Mittwoch, den 15. August, die erstmalige Erhöhung entsprechend dem vom 8. August zum 15. August gestiegenen Reichsteuerungsindex eintritt, um dann fortlaufend in gleicher Form von Woche zu Woche eine Neuregelung, wie unter b) bemerkt, zu erfahren.

Damit wird endlich eine automatische Regelung der Erwerbslosenunterstützung — das gilt auch für die Unterstützung der Kurzarbeiter — nach einem bestimmten Schlüsselverfahren eingeführt, eine Regelung, die unsere Genossen immer wieder mit Nachdruck gefordert haben. Die ab 8. August für eine Woche zur Auszahlung gelangenden Unterstützungssätze betragen in Ortsklasse A für den Bedigen über 21 Jahre täglich 225 000 Mark, dazu kommen für den Ehegatten ein Zuschlag von 88 000 M. und für jedes Kind weitere 88 000 M. pro Tag. Unsere Genossen werden nicht nachlassen, auch in den weiteren Beratungen sich der Interessen der Erwerbslosen anzunehmen, um ihnen über den Rahmen des ersten Lage Erreichbaren hinaus eine weitere Erleichterung in ihrem schweren Kampf ums Dasein zu verschaffen.

Für Pilsudski, den großen Gründer der Republik Polen, demonstrierte der Lemberger Kongress der polnischen Regionäre, also waffengeübte Leute für den stärksten Gegner der jetzigen Regierung.

Jugendschutz und Reichsverfassung.

Von Gerhard Bohrer.

Getrieben durch die traurigen wirtschaftlichen Verhältnisse, fand sich vor wenigen Jahren die Jungarbeiterbewegung zusammen. Die wirtschaftliche und geistige Unterdrückung, die Folgen der kapitalistischen Wirtschaftsordnung hatten in die jungen Köpfe den Gedanken der Selbsthilfe hineingehämmert und die proletarische Jugendorganisation geschaffen. Es war ein schweres Ringen der jungen Bewegung um ihr Bestehen, versuchte doch der alte Obrigkeitssaat mit seinen Behörden die Organisation zu unterdrücken. Aber angefeuert durch das Beispiel der modernen Arbeiterbewegung, hat sich die Arbeiterjugend mit zielklarem Willen und feuriger Begeisterung durchgesetzt und sich eine starke Organisation geschaffen. Kampfbereit erklangen die Forderungen der jungen Arbeiter und Arbeiterinnen:

Schutz den jungen Händen vor Ausbeutung!

Schutz den jungen Köpfen vor Verblömmung!

Der Weltkrieg jerrte die junge Bewegung wie viele Kulturorganisationen. Das Leid und Elend der Jugend vergrößerten sich, und als nach vierjährigem Wachen das Volk die Ketten mit verzweifelter Kraft sprengte, da lag auch aus den lichtscheueren Seelen der arbeitenden Jugend zukunftsfröhliche Hoffnung. Die Durchführung so mancher sozialer Forderung im neuen Deutschland ließ auch in der proletarischen Jugend berechtigtes Hoffen auf die Verwirklichung des geforderten Jugendschutzes und Jugendrechtes aufkommen. Es ging daher durch die gesamte freie Jugendbewegung eine mächtige Erregung, als die verfassunggebende Nationalversammlung nur wenige grundlegende Maßnahmen zum Schutz und Wohle der Jugend schuf. Nur wenige Artikel der Reichsverfassung gibt es, in denen vom Jugendschutz und recht die Rede ist. Von besonderer Wichtigkeit für die arbeitende Jugend sind die Bestimmungen aus folgenden Artikeln:

Artikel 122: Die Jugend ist gegen Ausbeutung sowie gegen sittliche, geistige oder körperliche Verwahrlosung zu schützen. Staat und Gemeinden haben die erforderlichen Einrichtungen zu treffen.

Artikel 143: Für die Bildung der Jugend ist durch öffentliche Anstalten zu sorgen. Bei ihrer Einrichtung wirken Reich, Länder und Gemeinden zusammen.

Artikel 148: In allen Schulen sind sittliche Bildung, staatsbürgerliche Gesinnung, persönliche und berufliche Tüchtigkeit im Geiste des deutschen Volkstums und der Völkerverständigung zu erstreben.

Hier Jahre nach der Verfassungsannahme vernimmt die arbeitende Jugend die Durchführung und Anwendung obiger Bestimmungen. Bis heute hat die Republik noch keine Mittel und Wege gefunden, jungen begabten Arbeitern den Aufstieg zu den höchsten Bildungsstellen zu ermöglichen. Noch entfallen Lehrer eine umfangreiche Heer- und Hochpropaganda gegen andere Völker. Es ist kein Jugendschutz, wenn man der Jugend die wenige freie Zeit, die sie zur Entfaltung ihrer geistigen, sittlichen und körperlichen

Verbrüderung.

Kath.: „Ergellenz ameben!“

Hände an die Hofenmacht,
Stühlgestanden! Hell, uns nach
Ein Gen'ral, uralter Adel,
(Schulz, verbirg die Sowjetnadel)
Augen rechts! Wie sagt man nun? — — —
„Wollen Ergellenz geruh'n,
Unser roten, kampfbereiten
Garde Front mal abgusprecken.
Diese harri, streng national
Rur auf Euer Ergellenz Signal
Zum frischfrohen Freiheitskampfe.
Borne: Jugendwehr mit Kampfe,
Dann das Gros, Franzosenrefresser,
Hitler hat sie auch nicht besser.
Ergellenz, was soll ich sagen:
Siegreich woll'n wir Frankreich schlagen!“
Singt dem Feind ein Lied zum Lort:

Hakenstern am Stahlhelm,
Sowjetkreuz am Band,
Nadel-Ehrhardt-Garde
Werden wir genannt!

Ergellenz hat jetzt das Wort.“

„Ach, mein Lieber, ah famos,
Juter Wille. Aber bloß...
Ach, na was ich sagen will:
Hier fehlt noch der rechte Drill,
Sie, des Mann! Sie stehen ja
Wie'n geknickter Kaktus da.
Und was hat denn dort das Schwein
Ein jerriff'nes Hofenbein?
Na, das wird sich schon verlernen,
Bei mir lernt Ihr Kerls parieren.
So, juerst woll'n wir mal beten:
Schübe, herr, des Kaisers
Hehre Blüchgehalt,
Die Novemberlinge
Rache schlemmigt kalt.
Amen. Seia Bessereiten!“

Mich. von Lindenbeden.

Krania-Vorträge. Sonn.: Von Berlin nach New York
Mont.: Die Insel Rügen. Dienst., Donnerst., Sonnab.:
In den Bergen Tirols. Mittw.: Riesengebirge. Freitag:
Berne Oberland.

Aufrollung der Rechtsfrage durch England.

London, 11. August. (W.B.) „Westminster Gazette“ meldet, der überraschendste Zug der britischen Note an Frankreich sei die Verurteilung der Politik der Befehle der Ruhr aus juristischen Gründen. Nach britischer Auffassung sei somit alles, was im Ruhrgebiet geschehen — Geldstrafen, Einlieferungen und Ausweisungen — rechtswidrig.

London, 11. August. (W.B.) „Reuter“ erzählt, daß für die nächsten 14 Tage keine Kabinettsitzung erwartet wird, es sei denn, daß sich etwas Unvorhergesehenes ereignet. In britischen Kreisen werde über den Inhalt der Noten an Frankreich und Belgien Stillschweigen bewahrt. Es sei indessen kaum zweifelhaft, daß die britische Regierung an einer Stelle der Noten erklären werde, daß sie bei der von Bonar Law im Januar verkündeten Politik verharren werde. Großbritannien werde betonen, daß es entweder an Reparationen oder sonst von seinen europäischen Schuldner eine Summe erhalten müsse, die ausreiche, um seine Schulden an die Vereinigten Staaten zu bezahlen.

Wir haben bereits in unserer Morgenausgabe auf die große Bedeutung der Tatsache hingewiesen, daß sich England endlich entschließt, die Rechtsfrage aufzuwerfen. Bisher hatte die englische Öffentlichkeit viel zu wenig Aufmerksamkeit dieser Seite der Ruhrbefehle geschenkt. Wenn die britische Regierung nunmehr, nachdem alle anderen Druckmittel versagt haben, die Rechtsfrage konsequent durchkämpft, indem sie z. B. den Völkerbund und den internationalen Schiedsgerichtshof anruft, so könnte sich sehr wohl eine ganz neue internationale Situation daraus entwickeln. Es ist allerdings noch nicht möglich, zu übersehen, inwieweit das neue britische Dokument die Einleitung zu einer derartigen großen völkerrechtlichen Aktion darstellt. Indessen ist die Vermutung nicht von der Hand zu weisen, daß diese Aufrollung der Rechtsfrage im Zusammenhang steht mit der bevorstehenden Jahrestagung der Völkerbunderversammlung in Genf.

Unwillkürlich drängt sich dabei die Frage auf: Was beabsichtigt die Reichsregierung im Hinblick auf diese Tagung des Völkerbundes zu tun? Beabsichtigt sie, einen Antrag um Eintritt Deutschlands in den Völkerbund zu stellen, wie es in der politischen Debatte des Reichstags nicht nur vom sozialdemokratischen Redner empfohlen wurde? Oder gedenkt sie, wieder ein volles Jahr verstreichen zu lassen? An den längeren, aber inhaltlosen Ausführungen des Außenministers von Rosenbergs am Schluß der Donnerstagssitzung des Reichstags war hierüber nichts Positives zu entnehmen. Es will uns scheinen, daß die Reichsregierung die passive Resistenz der Ruhrbevölkerung überlassen möchte und in der auswärtigen Politik etwas mehr Aktivität und Initiative entwickeln sollte.

In diesem Zusammenhang müssen noch zwei Symptome erwähnt werden, die dafür sprechen, daß Poincaré doch nicht ungehindert seine auf die Zertrümmerung Deutschlands gerichtete Politik weiter fortführen könne. Es handelt sich einmal um eine Note der offiziellen Reuter-Agentur, die behauptet, daß bezüglich der englischen Antwortnote an Frankreich und Belgien das britische Kabinett vollkommen einig sei, und daß alle Meldungen über Spaltungen innerhalb des Kabinetts tendenziös seien. Da die Gegenläufe in der britischen Regierung bereits unter Lloyd George und Bonar Law und erst recht unter Baldwin offenkundig waren, kann der Sinn dieser Reuter-Note kein anderer sein, als es Baldwin in den letzten Tagen gelungen ist, die Einigkeit innerhalb des Kabinetts gerade im Hinblick auf diese Antwort an Frankreich und Belgien wiederherzustellen. Das würde natürlich die Wirkung dieser Antwort in Paris wesentlich verstärken. Und es müßte sogar als ein sehr beträchtlicher Erfolg Baldwin's und Curzon's angesehen werden, wenn es ihnen tatsächlich gelungen sein sollte, sogar die franzosenfreundlichen Kabinettsmitglieder zur Aufrollung der Rechtsfrage in einem für Frankreich so peinlichen Sinne zu befehlen.

Das andere Symptom, das nicht aus den Argen verloren werden darf, ist der fortschreitende Sturz des belgischen Franks, der in Brüssel immer beunruhigender wirkt und die Regierung Theunis zu einschneidenden Maßnahmen gegen die Devisenspekulation veranlaßt hat. Die belgische Valutasfrage ist die Achillesferse der französisch-belgischen Einheitsfront in der Ruhraktion. Je mehr der belgische Frank nicht nur gegenüber der angelsächsischen Währungen, sondern auch gegenüber dem französischen Frank sinkt, desto schwieriger wird es für Poincaré, seinen verderblichen Willen in Brüssel durchzusetzen.

Paris, 10. August. (W.B.) Der „Intransigeant“ beschäftigt sich mit dem Feldzug, der augenblicklich gegen den französischen und den belgischen Franken geführt werde, und macht besonders auf die Tatsache aufmerksam, daß sonst die italienische Lire sich stets der Bewegung des belgischen und des französischen Franken angeschlossen habe, während er diesmal stabil bleibe. Man sehe, daß dies sich nur gegen die beiden Mächte richte, die an der Ruhrbefehle beteiligt seien. Der französische Frank habe einen viel größeren Wert als den, zu welchem man ihn handle. Der Tag der Revanche für Frankreich werde kommen. Wenn Frankreich schwierige Zeiten durchmachen werde, dann wisse es, wo die Heilung zu finden sei, die für diese Schwierigkeiten verachtlich seien.

Teuerungsdemonstration in Ratibor.

Ratibor, 11. August. Gestern kam es hier zu großen Teuerungsdemonstrationen. Vormittags sprach eine Arbeiterdeputation im Rathaus vor mit der Forderung zur Behebung der Teuerung. Um 11 Uhr versetzten die Arbeiter die Betriebe und versammelten sich am Bahnhofspitze, wo sie gegen den Anmarsch der Verstärkung der Schutzpolizei protestierten. Nach der vergeblichen Aufforderung auseinanderzugehen, ging die Schupo gegen die Menge vor. Daraufhin fielen Schüsse und die Schupo machte von der Waffe Gebrauch, zumal da ein mit Handgranaten beladener Wagen der Schupo geplündert wurde. Die Menge wandte sich nunmehr gegen die Schupo und gab ebenfalls Schüsse ab, auch Handgranaten wurden geworfen. Eine Anzahl Geschäfte, darunter zwei Waffengeschäfte, wurden von der Menge ausgeraubt. Während all dieser Tumulte fanden Besprechungen zwischen dem Magistrat, der Großindustrie, der Bauernschaft und der Arbeiterschaft im Rathaus statt, in denen dringende Beschaffung von Lebensmitteln gefordert wurde und die Behörden ihr Möglichstes zur Behebung der Lebensmittelnot zusagten. Soweit es sich bisher übersehen läßt, forderten die gestrigen Demonstrationen vier Tote, nämlich einen Schutzpolizeibeamten, einen Arbeiter und zwei Mädchen. 30 Verletzte sind zu verzeichnen, darunter befinden sich einige Schwerverletzte, die dem Krankenhaus zugeführt wurden.

Die Verfassungsfeiern.

Die Schwarzrotgoldenen Fahnen wehten heute aus Anlaß des Verfassungstages über einer Stadt, die aus der furchtbaren Bedrängnis der Zeit heraus wenig Feierstimmung aufbringen konnte. Trotzdem boten die Straßen der Innenstadt vielfach ein geradezu festlich anmutendes Bild. Von vielen öffentlichen Gebäuden wehten die Farben der Republik. Dicht gedrängt flatterten die Fahnen im Ministeriumsviertel in der Wilhelmstraße, in der Leipziger Straße im Reichspost- und Kriegsministerium. Die Stadt Berlin hatte auf allen ihr zugehörigen Gebäuden die weiße Bärenflagge mit den beiden roten Streifen herausgesteckt. In der Böttcherstraße sah man das Weißgrün Sachsens und das Schwarzrot Württembergs. Auffällig hingegen war, daß das Reichsjustizministerium es vergessen hatte, seine Fahne herauszustrecken.

Vom Brandenburger Tor wehte die schwarzrotgoldene Reichsfahne und die schwarzweiße preussische Fahne. Einen ganz besonders festlichen Anblick bot der Reichstag, dessen goldene, blühende Kuppel von vier schwarzrotgoldenen Fahnen auf hohen Jinnen umfäumt waren. Vor dem Hauptportal des Reichstages waren an zwei Flaggenmasten riesige schwarzrotgoldene Flaggen hochgezogen worden. Einen tröstlichen und beschämenden Anblick gewährten hindustriefirmen hatten es für nötig gehalten, zu Ehren der Verfassung, der Behördenhäuser die Privathäuser der großen Firmen. Weder Warenhäuser noch Bankpaläste, noch die Häuser der großen Industriefirmen hatten es für nötig gehalten, zu Ehren der Verfassung, der Behördenhäuser die Privathäuser der großen Firmen. Weder Warenhäuser noch Bankpaläste, noch die Häuser der großen Industriefirmen hatten es für nötig gehalten, zu Ehren der Verfassung, der Behördenhäuser die Privathäuser der großen Firmen. Weder Warenhäuser noch Bankpaläste, noch die Häuser der großen Industriefirmen hatten es für nötig gehalten, zu Ehren der Verfassung, der Behördenhäuser die Privathäuser der großen Firmen.

Auf den Plätzen.

Gegen 9 Uhr morgens bereits lädelten sich vor dem Brandenburger Tor, auf dem Pariser Platz und in der Wilhelmstraße vor der Wohnung des Reichspräsidenten dichte Menschenansammlungen. Als nach dem Programm zu Ehren des ersten Beamten der Republik eine Reichswehrmarche durch den Tiergarten mit klingendem Spiel herannahte, folgten ihr Scharen von vielen Tausenden. In kurzem war der Pariser Platz, die Linden bis zur Wilhelmstraße und diese selbst von einer Masse erfüllt, die Kopf an Kopf gedrängt stand und das Aufziehen der Wache interessiert und gefesselt beobachtete. Nachdem das militärische Schauspiel beendet war, wogten die Massen weiter durch die Straße unter den Bäumen und verließen sich allmählich nach dem Reichstag zu. Ganz besonderes Interesse galt der französischen Besatzung, an der allerdings äußerlich nichts auffällig bemerkbar war. Der Platz vor der Reichstagsgebäude war von der Polizei vollkommen freigehalten. Die grüne Beamtenschaft war, um allen möglichen Zwischenfällen vorzubeugen, in der Wache am Brandenburger Tor und um dieselbe zahlreich zusammengezogen worden. Weitergehen, weitergehen erlöste ununterbrochen die ruhige Mahnung, der von den Anwesenden ohne Widerspruch und Widerstand Folge geleistet wurde. Inzwischen wurde die Ansammlung vor dem Hauptportal des Reichstages immer größer. Hier hatte sich besonders die männliche Schuljugend auch der höheren Schulen zahlreich eingefunden. Man merkte es an den Gesprächen der Knaben und jungen Leute, daß sie vielfach alles andere waren als junge Republikaner. Aber ihre Abzeichen, die sie sonst immer sehr aufreizend zur Schau trugen, hatten sie ausnahmslos diesmal wohlweislich zu Hause gelassen. Pünktlich um 11 Uhr 45 Minuten, wie vorgesehen, rückte die Ehrenkompagnie der Reichswehr mit klingendem Spiel an.

Auf dem Königsplatz fand während der Feier im Innern des Reichstages eine öffentliche Feier statt, bei der das Musikkorps der Kommandantur Berlin konzertierte. Das Deutschland-Lied und Beckers Rheinlied wurden gemeinsam gesungen. Der demokratische Reichstagsabgeordnete Koresl-Niederlingheim hielt eine Ansprache. Überall wurde auch zu dem deutschen Volksspiel für Rhein und Ruhr gesammelt. Das Wetter hatte ein Einsehen gehabt und die Vormittagsfeier nicht gestört, so daß sich alles programmäßig abwickeln konnte. Zu irgendwelchen Zwischenfällen kam es nicht. Auffällig war das Fehlen des weiblichen Elementes in den Straßen und an den Plätzen. Die Hausfrauen der Republikaner, die in anderen Zeiten dem Rufe zu solchen Feiern immer gern und zahlreich gefolgt waren, hatten diesmal andere Sorgen.

Die Feier im Reichstag.

Tausende hatten sich heute gegen mittag am Reichstagsgebäude eingefunden, um Zeugen des äußeren Verlaufs der Verfassungsfeier zu sein. Außer den Fahnen der Republik, die während der Tagung von den Ecktürmen des Reichstagsgebäudes wehen, waren vor der Rampe am Königsplatz zwei hohe Flaggenmasten errichtet, die die schwarzrotgoldene Fahne trugen. Die staatlichen Gebäude in der inneren Stadt, die Befandtschaften der deutschen Bundesstaaten, auch das Brandenburger Tor waren zur Feier des Tages geflaggt. Pünkt 12 Uhr fuhr Reichspräsident Ebert vor, um unter

Stadt in Not.

Die Stadtverordneten sollen sofort zusammentreten. Der Magistrat Berlin hat der Berliner Stadtverordnetenversammlung eine Vorlage überfandt, in der es u. a. heißt:

Die Lage erfordert mit zwingender Notwendigkeit, daß die dringendsten Entschlüsse sofort gefaßt werden und die wichtigsten Vorlagen, insbesondere diejenigen, die der Stadt neue Einnahmen schaffen sollen, unverzüglich erledigt werden, um das Äußerste abzuwenden. In Anbetracht der Umstände hat daher der Magistrat beschlossen: „Der Magistrat beschließt, angesichts der Zerstückelung der Wirtschaftslage und der Notwendigkeit schneller finanzieller Maßnahmen die Stadtverordnetenversammlung zu ersuchen, ihre Ferien abzubringen, und bittet, diesem Ersuchen nachzukommen und die regelmäßigen Sitzungen unverzüglich wieder aufzunehmen.“

Hoffentlich hat der Appell des Magistrats Erfolg. Bisher haben die Kommunisten den Abbruch der Ferien verhindert.

Fette für Berlin

Es ist glücklicherweise gelungen, größere Mengen Speisefette für die Stadt Berlin zu beschaffen. Heute und morgen werden je 500 000 Pfund für die Bevölkerung in den Vorkehr gebracht, so daß wenigstens der dringendste Bedarf gedeckt werden dürfte. Es ist dringend zu wünschen, daß diese Notstandsaktion auch auf Kartoffeln ausgedehnt und schleunigst fortgeführt wird.

Verteilte Fünftausender.

Von zahlreichen Seiten kommen Beschwerden, daß Geschäftsleute sich weigern, größere Mengen von Geldscheinen der kleineren Wertforten bis zu Fünftausendmarktscheinen anzunehmen. Sie begründen das mit dem Mangel an Zeit, die Scheine nachzuzählen. Die Abweisung ganzer Pakete der Kleinsten

den Klängen eines Marsches, der das Deutschlandlied enthält, die front der in Parade aufgestellten Reichswehrkompagnie abzuschreiben. Eine Salve von Hochrufen springt unter den Zuschauern auf.

Der Saal des Reichstages ist einfach, aber eindrucksvoll geschmückt. Grün und Schwarzrotgold sind die herrschenden Farben. An der Stirnwand der große Reichstisch, links und rechts von ihm die gewaltige Schrift, der Einleitungssatz der Reichsverfassung: „Das deutsche Volk, einzig in seinen Stämmen und von dem Willen befeelt, das Reich in Freiheit und Gerechtigkeit zu erneuern und zu festigen, dem inneren und dem äußeren Frieden zu dienen und den gesellschaftlichen Fortschritt zu fördern, hat sich diese Verfassung gegeben.“ Unmittelbar darunter die Wappenschilder derjenigen deutschen Gebiete, die zwar vom Reiche nicht durch den Willen der Sieger losgerissen, aber durch britale Gewalt und unter Bruch des Friedensvertrages befreit sind.

Sobald der Reichspräsident mit dem Reichsminister des Innern die ehemalige Hofloge betritt, erhebt sich das Publikum, das den Saal und die Tribünen bis auf den letzten Platz füllt. Auf den Regierungsbänken sieht man neben der Reichs- und preussischen Regierung so manches Mitglied früherer Regierungen der Republik, darunter Dr. Preuß, den Hauptmitarbeiter am Verfassungswerk. Auch der Oberbefehlshaber der Reichswehr, General Seeckt ist da. — Die Feier beginnt mit der Dregerschen Hymne „Hör' uns Herr Gott“, vom Berliner Völkerverein unter Rüdels Leitung meisterhaft gesungen. Nun spricht der Heidelberger Rechtslehrer Professor Anschütz, der gleich zu Beginn betont, daß der heutige Tag keineswegs eine Freudefeier sein könne, womit er den anwesenden zahlreichen Vertretern des Wirtschaftslebens, der organisierten Arbeiterschaft, des geistigen Lebens der Nation aus dem Herzen spricht. Dann würdigt der Redner die Bedeutung des Weimarer Werks.

Prof. Anschütz faßte seine gedankenvollen Ausführungen dahin zusammen, daß für die Republik ebenso wichtig wie für die Verfassung das Vorhandensein verantwortungsvoller und überzeugter republikanischer Persönlichkeiten ist. Die politische Erziehung des Volkes ist unsere Hauptaufgabe, an ihr müssen wir alle mitarbeiten. Opferfreudigkeit, Gemeinsinn und Vaterlandsliebe müssen unsere Ideale sein, und auf ihrem Grunde werden die Männer wachsen, die uns voranschreiten sollen. (Lebhafte Beifall.) Darauf legte der von der Befragung aus Duisburg vertriebene Oberbürgermeister Jarres das Treuegeldnis des alt- und neubefreiten Gebietes ab. Ohne Beispiel wie das Land, das der Einbruch gebracht hat, ist auch die Wöhrer des Volkes, die heute genau sieben Monate dauern. Manches Volk hätte diesen Widerstand mit mehr Temperament geführt, aber keines mit mehr Zuht und Entschlossenheit. Deutschland steht am Rande des Abgrundes, aber hinter ihm führt auch die Wohlfahrt und Kultur Europas nach, wenn die Welt gefühllos bleibt und dem Poincaré'schen Freibeuterzug mit seiner Schandjustiz ruhig zusieht. Nachdem der Redner damit geschlossen hatte, daß nichts die befreiten Gebiete ihrer Treue zu Deutschland abwendig machen könne, stimmte der Chor das Deutschlandlied an, das von der Versammlung stehend mitgesungen wurde. Mit dem Vortrag von Strählers „Rechtsgedanken“ wurde die Feier beendet.

Der Reichspräsident wurde bei seiner Abfahrt herzlich begrüßt.

Die Feier der Polizei.

Für die Berliner Polizeibeamten fand die Verfassungsfeier schon am frühen Vormittag statt. Auf dem Hof der Kaserne Alexanderstr. 56, in der die Polizeinspektion Alexander untergebracht ist, versammelten sich gegen 9 Uhr zahlreiche Vertreter aller Zweige der Polizei. Von der mit Laubgebirgen geschmückten schlichten Rednertribüne grüßten wehende Fahnen in den Farben der deutschen Republik und Preussens.

Die aus Polizeibeamten zusammengesetzte Musikkapelle leitete mit dem Marsch aus Wagners „Meistersinger“ die Feier ein. Dann nahm Polizeipräsident Richter das Wort zu der Festrede. Er wies hin auf den Ernst der Zeit, die uns nicht zu frohen Festen stimmen kann, auf die Bedrängnis des Vaterlandes durch einen unerbittlichen Feind und die harte Bedrückung des Volkes durch steigende Wirtschaftskrisis. Mit Worten des Dantes und der Anerkennung gedachte er der pflichttreuen Polizeibeamten, die am Rhein und an der Ruhr mit so vielen anderen Deutschen in die Hände der Franzosen gefallen sind. In dieser schweren Zeit steht, fuhr er fort, die Polizei an ganz besonders beachteter Stelle, und ganz besonders schwer sind jetzt die Pflichten des Dienstes in der Amtsstube, im Straßenverkehr und in der Abwehr des Verbrechens. Man begreift die Nervosität der Bevölkerung, darum darf die Polizei sich durch sie nicht aus der Fassung bringen lassen. Denen aber, die unter Anwendung von Gewalt an den Grundlagen des Deutschen Reiches rütteln, sollen und werden die Polizeibeamten, eingedenk ihres Dienstes, in festem Zusammenhalten mit Entschlossenheit und eiserner Tatkraft entgegenzutreten. Die alte Uebereinstimmung und Einigkeit zwischen Polizeipräsident und der gesamten Polizeibeamtenschaft wird wie ein fester Ball weiterbestehen. Halten wir zusammen, schloß der Polizeipräsident, in Einigkeit für unseren Dienst am Volk und in Treue zur Reichsverfassung, zur deutschen Republik, zu unserem deutschen Vaterland.

Die Kapelle spielte eine Strophe des Deutschlandliedes. Mit einem Vorbeimarsch der Schutzpolizei endete die schlichte Feier.

Scheine mag allensfalls berechtigt sein. Wer aber auch Laufender und Fünftausender nicht annehmen will, soll sich nicht wundern, wenn die Rundschau fortbleibt. Der Wochenlohn muß mitemer im Rückfall transportiert werden. Ehe dann das Geld in größere Scheine umgewandelt ist, sind die Lebensmittelpreise schon wieder gestiegen. Nur nicht zu großspurig, möchte man den Herrschaften zurufen. Es kommen auch wieder andere Zeiten.

Die Hoch- und Untergrundbahn hat heute früh ihren Betrieb wieder voll aufgenommen.

Das Notgeld der Großbetriebe. Die Firma A. Jandorf u. Co. sowie das Kaufhaus des Beckens haben sich ebenfalls bereit erklärt, die von den Großbetrieben herausgegebenen Gutscheine in allen Geschäften in Zahlung zu nehmen.

Achtung, Bezirksvorstand!

Morgen, Sonntag, den 12. August, vormittags 10 Uhr, wichtige Sitzung des erweiterten Bezirksvorstandes im Reichstagsgebäude. Eingang: Portal II. Tagesordnung: Die augenblickliche politische Lage. Alle Mitglieder müssen erscheinen.

Jugendveranstaltungen.

Jugendgruppen, beteiligt auch heute an der Verfassungsfeier abends 8 Uhr in der „Neuen Welt“, Potsdamer Platz.

Marienhopf, Morgen, Sonntag, den 12. Wanderung nach Pöthen. Treffpunkt 5 Uhr Bahnhof Marienhopf. — Weiditz, Spielplatz nach Pöthenberge. Treffpunkt 10 Uhr Bahnhof Weiditz. — Steglitz, Wanderung Pöthen-Weidener See. Treffpunkt 6 Uhr Bahnhof Glöden. — Schöden (Weidenburger Viertel), Wanderung nach dem Wöllener. Treffpunkt 10 Uhr Schöden. — Oden (Grolauer Viertel), Treffpunkt zur Verfassungsfeier heute 10 Uhr nachmittags am Hauptbahnhof. Treffpunkt zur Wanderung Sonntag früh 8 Uhr Bahnhof Stralau-Kummelsburg.

